

Jürgen Kocka

Es war wohl der polnische Philosoph Leszek Kolakowski, der darauf aufmerksam machte, daß die mühsam im Wüstensand dahinziehende Karawane bisweilen eine Fata Morgana braucht, um – beflügelt von der lockenden Spiegelung – wenigstens die nächste Oase zu erreichen: ein so skeptischer wie hoffnungsvoller Kommentar zur Wirkung von Utopien in der Welt der Realpolitik. Die Gründung des Forschungsschwerpunkts Zeithistorische Studien orientierte sich 1991/92 an zwei Utopien. *Zum einen* hatte die Auseinandersetzung über das Erbe der DDR, über ihren Ort in der deutschen Geschichte, über Unrecht und Schuld in der SED-Diktatur, über Opfer und Täter bereits heftig eingesetzt. Das war zweifellos notwendig und willkommen, wengleich im einzelnen kontrovers, mit Tagespolitik und Gegenwartskonkurrenz verknüpft, oft neue Verletzungen hinzufügend und bisweilen schrill.

Sollte es nicht möglich sein, im Medium wissenschaftlicher Kommunikation diese Auseinandersetzung aufzunehmen, auszutragen, aber gleichzeitig zum diskursiven Streit zu besänftigen? Immerhin verfügen ja die Wissenschaften, speziell die historischen, über ein besonderes Rationalitätspotential. Sie sind einerseits in der Lage, Personen sehr verschiedener Herkunft, konträrer politischer Überzeugung und unterschiedlicher Lebenserfahrung im wissenschaftlichen Prozeß zusammenzubringen, solange diese sich an die Grundsätze, die Regeln und die Moral der Wissenschaft halten und entsprechende Qualifikationen besitzen. Andererseits zwingen die Regeln des wissenschaftlichen Diskurses die an ihm Teilnehmenden zu kritischer Rationalität. Verlangt ist die unvoreingenommene Suche nach Wahrheit, und dazu gehören Kritik und Selbstkritik, der geregelte Streit zwischen divergenten Positionen, die Bereitschaft zur Überprüfung eigener Positionen, auch die Bereitschaft zur radikalen Selbstrevision, wenn denn neue empirische Evidenz oder bessere Argumente dies fordern. Zur geschichtswissenschaftlichen Arbeit gehören Faktengenauigkeit und vorbehaltlose Dokumentation auch unbequemer Befunde, nicht Verdrängung oder Schlußstrich; wohl aber Zusammenhangserkenntnis, sorgfältige Interpretation von Entscheidungen und Handlungen aus ihrer Zeit, nüchterne Abwägung mit Augenmaß, gründliche Arbeit mit dem Ziel der Überzeugung und der Verständigung. Dies jedenfalls hofft man als Historiker, auch wenn man weiß,

daß die Einlösung solcher Ziele schwierig ist und meist unvollkommen bleibt.

Im Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien sollten jedenfalls Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sehr unterschiedlicher Provenienz in diesem Geist zusammenarbeiten, ostdeutsche wie westdeutsche und unter den ostdeutschen solche, die aus der Dissidenz kamen, wie auch solche, die in der DDR zu den etablierten Historikern gehört hatten, soweit sie sich nicht hoffnungslos diskreditiert hatten. Die Erwartung bestand, daß sich die verschiedenen Positionen nach den Regeln der Wissenschaft aneinander abarbeiten und damit verändern würden, daß aus diesem Pluralismus ein spezifischer Erkenntnisgewinn entstünde, und daß damit ein kleiner Beitrag zur inneren Vereinigung geleistet würde. Entsprechend wurde rekrutiert, strikt nach den Verfahren, die der Wissenschaftsrat und dann die zuständige Tochterorganisation der MPG vorgaben.

*Die zweite Utopie* bei der Gründung des Forschungsschwerpunkts werden nur die Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftsorganisatoren unter Ihnen als solche erkennen können. Bekanntlich sind unsere Universitäten in Schwierigkeiten. Sie sind seit langem sträflich unterfinanziert, sie sind rasch gewachsen ohne sich strukturell entsprechend zu ändern, Wettbewerb zwischen ihnen ist unterentwickelt. Sie sind offenbar zu schwach, sich aus eigener Kraft zu reformieren, aber zu stark, um sich reformieren zu lassen – die Frage wäre ohnehin, von wem. Was liegt da näher, als wissenschaftliche und wissenschaftsorganisatorische Neuansätze eher außerhalb der Universitäten zu erproben, in kleinen, flexiblen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen zum Beispiel.

Aber jedenfalls für die Geisteswissenschaften kann das nach bisherigen Erfahrungen auch nicht als Ausweg gelten, jedenfalls nicht generell, denn die strikte Trennung von der Lehre bekommt der geisteswissenschaftlichen Forschung meist nicht, führt vielmehr leicht zu Überspezialisierung, selbstzufriedener Erstarrung und Praxisverlust.

In dieser Konstellation versuchte unser Forschungsschwerpunkt, wie die anderen sechs vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Geisteswissenschaftlichen Schwerpunkte auch, eine Forschungseinrichtung neuer Art zu sein, also weder in die Universitäten eingeschmolzen zu werden und in ihnen unterzugehen noch als außeruniversitäre Forschungseinrichtung üblicher Art ein problematisches Sonderdasein zu fristen, sondern einen dritten Weg zu gehen: formal selbständig, aber aufs engste mit einer oder mehreren Universitäten verbunden, um so den oft zu kurz kommenden Geisteswissenschaften ein neues Stück dringend gebrauchter Infrastruktur zu verschaffen, neue Möglichkeiten zu kontinuierlicher, interdisziplinärer

und koordinierter Forschung zu entwickeln, gleichzeitig den Hochschulen etwas anzubieten und – gewissermaßen von ihrem beweglichen Rand her – dynamisierend auf sie einzuwirken.

Es war nicht leicht, diese Ziele zu verwirklichen. Der Anfang war schwierig. Es ging um Gründung unter Bedingungen der Krise. Die Vereinigungskrise hatte – nach dem radikalen Schritt der Auflösung der Akademie-Institute im Osten – die Möglichkeit dieser Neugründung zwar erst eröffnet, aber dann erschwerte sie ihre Realisierung. Es stellte sich als schwierig heraus, die entscheidenden wissenschaftspolitischen Akteure in Wissenschaft und Politik auf einen Konsens zu verpflichten, der die Forschungsschwerpunkte als Zentren auf Dauer zu stellen erlaubte. Die MPG hat daran ein großes Verdienst, auch der Wissenschaftsrat, am Ende auch die DFG. Wir hier in Potsdam verdanken der entschiedenen Haltung des Landes Brandenburg sehr viel.

Die Gründung des Forschungsschwerpunkts geriet bald in harte Konkurrenz mit existierenden Forschungseinrichtungen. Das die außeruniversitäre zeitgeschichtliche Forschung dominierende, von München aus expandierende Institut für Zeitgeschichte hat uns nicht geholfen, um es zurückhaltend auszudrücken. Es ist wichtig, daß die Pluralisierung der außeruniversitären zeithistorischen Forschung gelingt, eine Pluralisierung, zu der dieses Zentrum seinen Beitrag leisten will. Mit Befriedigung ist festzuhalten, daß sich der letzte Historikertag, die repräsentative Versammlung der deutschen Historiker, für die Gründung dieses und der anderen Forschungsschwerpunkte ausgesprochen hat.

Nie sind Zeitgeschichte und Tagespolitik in den letzten Jahren so eng in solcher Gemengelage gewesen wie seit dem Untergang der DDR und mit Bezug auf die DDR. Natürlich ist die Gründung einer öffentlich finanzierten Forschungseinrichtung im demokratischen Staat ein Akt demokratisch legitimer Politik. So wundert es wenig, daß die Errichtung des Forschungsschwerpunkts nicht nur in die Konkurrenz der geschichtswissenschaftlichen Richtungen, sondern bald auch – damit verknüpft – in die Konkurrenz politischer Strömungen geriet. Es war am Ende sehr wichtig, daß sich Länder mit parteipolitisch unterschiedlich zusammengesetzten Regierungen – Brandenburg, Berlin und Sachsen – entschieden für die Geisteswissenschaftlichen Zentren eingesetzt haben.

Es zeigte sich aber auch, daß der Aufklärungskraft kritischer Wissenschaft bei einem politisch geladenen, existentiell berührenden und lebensgeschichtlich nahen Thema wie der DDR-Geschichte Grenzen gesetzt sind, die man zwar schrittweise weiter hinausschieben, aber nicht sprengen kann. Unter den Bedingungen beruflicher Unsicherheit,

institutioneller Abhängigkeit, sich rasch ändernder Vorgaben und ausgeprägter öffentlicher Auseinandersetzung ist der ungestörte, herrschaftsfreie Diskurs nach den selbstgesetzten Regeln der Wissenschaft sehr erschwert. Aber solche Umbruchs- und Übergangsbedingungen waren wohl unvermeidlich, wenngleich sie in diesem Fall länger währten als notwendig. Und natürlich mußte es zur öffentlichen Auseinandersetzung darüber kommen, wer denn aus dem wissenschaftlichen Personal der untergegangenen DDR jetzt und zukünftig an der Erforschung ihrer Geschichte mitwirken sollte. Daß dabei tiefe Verletzungserfahrungen aus der Zeit der Diktatur zum Ausdruck kamen, war weder unverständlich noch unberechtigt; der Wiedergutmachung waren ja enge Grenzen gezogen. Daß es zu neuen Verletzungen und neuen Verlusten kam, auch hier im FSP, ist andererseits unübersehbar und zu bedauern. Es gab Glücksritter der Vereinigungskrise, die mit Enthüllungshistorie Karriere zu machen versuchten, die ihnen anders nicht gelang. All das wirkte in den inneren Betrieb des Forschungsschwerpunkts hinein, zum Teil motivierend und kräftigend, zum Teil aber auch ablenkend und verunsichernd. Zu unseren Niederlagen rechne ich das – notwendig – Ausscheiden Olaf Groehlers, der kürzlich verstorben ist.

Schließlich wurde bald klar, daß die lebensgeschichtliche Verwurzelung der Zeithistoriker ihren Diskurs in nicht voll zu objektivierender Weise prägt, bereichert, aber eben auch begrenzt. Die wissenschaftliche Diskussion kann zwar mithelfen, die unterschiedlichen Lebenserfahrungen miteinander und mit den Quellen zu konfrontieren, zu durchschauen und aufzuklären. Aber langfristig erworbene Überzeugungen, verwurzelte Identifikationen und existentiell begründete Vorbehalte ändern sich nur sehr langsam, wenn überhaupt. Wissenschaftliche Sichtweisen werden durch sie bisweilen stärker geprägt, als daß sie sie prägen und modifizieren. Trotzdem glaube ich fest, daß es keinen Ersatz für den Versuch gibt, durch kritische Wissenschaft eigene und öffentliche Orientierungen in zeitgeschichtlicher Hinsicht aufzuklären, und daß diesem Versuch auch häufig Erfolge beschieden sind. Nur braucht man günstige Bedingungen, Zeit, Kraft und eine gewisse Enttäuschungsresistenz.

Die Gründung des Forschungszentrums ist insgesamt gelungen, sowohl institutionell wie dem Inhalt nach. Seine institutionelle Situation ist freilich fragiler als ursprünglich erhofft, abhängig auf Dauer von vielen Faktoren. Die Unterstützung der Landesregierung ist entscheidend, doch das Land ist arm, und natürlich wird das Zentrum eine wissenschaftlich autonome, parteipolitisch unabhängige Einrichtung sein,

das ist ja auch ganz unbestritten. – Die Wissenschaftlergemeinschaft wird uns kritisch begleiten, dies wird sich schon in knapp zwei Jahren und dann im Dreijahresrhythmus immer wieder durch neue DFG-Begutachtungen konkretisieren. Dieser Forschungsschwerpunkt hatte von Anfang an gläserne Mauern, unsere Arbeit war der professionellen und öffentlichen Kritik in überdurchschnittlichem Ausmaß ausgesetzt. Das dürfte auch in Zukunft so bleiben. – Die Absicht, aus den Geisteswissenschaftlichen Zentren inter-universitäre Einrichtungen mit Anbindung an mehrere Universitäten zugleich zu machen, wurde auch in unserem Fall nicht realisiert. Aber wir sind froh, mit der Universität Potsdam einen Partner zu besitzen, dessen Unterstützung und kollegiale Sympathie von Anfang an außer Zweifel standen. Verbindungen zur FU Berlin sind geknüpft, ich hoffe auf Ausbau und Festigung in diesem Jahr. Langfristig wird der Erfolg aller Zentren auch davon abhängen, ob sie von den Universitäten in ihrer Unabhängigkeit respektiert und gleichzeitig als Kooperationspartner gewünscht werden. – Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften hat die Entstehung der Zentren unterstützt. Zu hoffen ist auf den Ausbau dieser Beziehung.

Dies ist nicht die Gelegenheit, und es ist nicht meine Sache, inhaltliche Bilanz zu ziehen. Ich beschränke mich, abschließend, auf drei oder vier Sätze. Am Ende dieses Jahres werden dreizehn Bände der vom Zentrum herausgegebenen Reihe „Zeithistorische Studien“ vorliegen und – zusammen mit dem bisher in fünf Heften erschienenen Bulletin – über die Ergebnisse unserer Arbeit Auskunft geben. Zu hoffen ist, daß hier auch weiterhin die DDR-Geschichte im breiten Zusammenhang der Geschichte des 20. Jahrhunderts betrieben wird, vergleichend und künftig noch stärker mit Blick auf die Nachbarländer im Osten. Schließlich ist zu betonen, daß dieses Zentrum nicht nur ein Platz spezialisierter fachwissenschaftlicher Forschung ist, sondern auch ein Ort, der Brücken zwischen den beteiligten Fächern schlägt und vielfältig in die Öffentlichkeit hineinwirkt, denn die Probleme, die hier behandelt werden, sind nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern von großer Bedeutung für die politische Kultur und das Selbstverständnis des sich vereinigenden Landes.

Um so mehr freue ich mich, nun zwei Rednern Platz zu machen, deren intellektuelle und wissenschaftliche Profile die nicht-parochiale Breite und ehrgeizige Orientierung des Zentrums vorzüglich zu symbolisieren geeignet sind: Dieter Simon, Rechtshistoriker und Rechtswissenschaftler, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Vorsitzender und Kritiker des Wissenschaftsrats, als

dieser die außeruniversitäre Forschung der untergehenden DDR zu evaluieren und Empfehlungen zur Vereinigung der beiden Wissenschaftssysteme zu erarbeiten hatte; sowie Jens Reich, Mediziner und Molekularbiologe, Mitbegründer des Neuen Forums 1989, Repräsentant eines Teils der Bürgerrechtsbewegung, die die Wende in Deutschland mit bewerkstelligt hat, und angesehener Kommentator der deutschen Verhältnisse seitdem.